

Westsahara - Siedlerkolonialismus und Widerstand

Forschungsansätze im deutschsprachigen Raum

Goethe-Universität Frankfurt

25. Februar - 27. Februar 2024

Der Westsaharakonflikt gilt als ein vergessener und eingefrorener Konflikt. Er wird immer wieder als eine stagnierende Auseinandersetzung, die sich in einer Pattsituation befindet, beschrieben. Völkerrechtlich ist die Westsahara ein nicht-selbstbestimmtes Territorium, das de-facto größtenteils von Marokko kontrolliert wird. Die ordnungsgemäße Dekolonisierung des Gebietes auf Grundlage eines Referendums – das zum ersten Mal im Jahr 1975 angesetzt war – steht bis heute aus. Aus diesem Grund wird die Westsahara häufig als die letzte Kolonie Afrikas bezeichnet.

Die deutsche Forschungslandschaft spiegelt diese Wahrnehmung des Stillstandes wider. Bis dato wurden nur zwei DFG-Projekte in der Westsahara bewilligt. Dabei ist und war der Konflikt für regionale und internationale sozio-politische und ökonomische Beziehungen allen voran im Maghreb und mit Europa stets bedeutend. In den vergangenen Jahren hat er zu unerwarteten bilateralen Entwicklungen geführt, nicht nur zwischen Deutschland, Marokko und Spanien, sondern auch zwischen den USA, Israel und Marokko. Im europäischen Parlament wird seit vielen Jahren kontrovers über die Einhaltung des Völkerrechts mit Blick auf die Westsahara diskutiert. Die Urteile des EuGH setzen einen Präzedenzfall, der die Handelsbeziehungen mit Marokko nachhaltig verändern kann. Neben Fischereilizenzen und Agrarprodukten sind vor allem bereits bestehende und noch geplante Wind- und Solarparkprojekte in der Westsahara von Bedeutung. Im Kern geht es folglich um Ressourcen- und Klimagerechtigkeit, ökonomischen Privilegien für EU-Staaten und die Verantwortung von europäischen und besonders deutschen Unternehmen. Auch der Widerstand der Bevölkerung hat sich verändert. Er hat sich transnationalisiert und ein neues Ausmaß an sozialer Medialisierung angenommen. Zudem sind seit 2020 - nach drei Dekaden des Waffenstillstands – die Konfliktparteien Marokko und die Befreiungsbewegung Frente POLISARIO zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zurückgekehrt. Marokkos flächendeckende Siedlungspolitik hat die Diskriminierung und Terrorisierung der sahraischen Bevölkerung begünstigt. Dabei formiert und verändert sich sahraischer Widerstand nicht nur in der besetzten Westsahara, sondern auch in den Flüchtlingslagern auf algerischem Gebiet und in der sahraischen Diaspora. In den Flüchtlingslagern, wo bereits 1976 der Exilstaat Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ausgerufen wurde, leben etwa 165.000 aus der Westsahara geflüchtete Sahrauis. Die von humanitärer Unterstützung abhängigen sahraischen Lager, haben eine gut verankerte Selbstverwaltung, die auf quasi-staatliche Strukturen gestützt ist. Die DARS ist Vollmitglied der Afrikanischen Union und wird von über 30 Ländern anerkannt. Die Mehrheit der sahraischen Flüchtlinge, ist unter den aktuellen politischen Verhältnissen nicht bereit in die von Marokko besetzten Gebiete zurückzukehren, was zur Zementierung des völkerrechtswidrigen Status Quo führen würde.

Forschungsvorhaben, sowohl in den Geistes- als auch in den Naturwissenschaften, und die mediale Berichterstattung über die Westsahara leiden unter der Abschottung des Gebietes, der Marginalisierung des Themas und einem fehlenden öffentlichen Bewusstsein für die politische, rechtliche, ökonomische und humanitäre Tragweite dieses Konfliktes. Die interdisziplinäre Veranstaltung vereint Forschende aus dem deutschsprachigen Raum mit Westsahara-Schwerpunkt, um aktuelle Entwicklungen im Konflikt zu diskutieren. Die Veranstaltung richtet sich mit einer Vortrags- und Diskussionsreihe am ersten Tag, sowie thematisch fokussierten Workshops am zweiten Tag, gezielt an Expert*innen und Studierende. Auch zum Thema arbeitende Journalist*innen und Aktivist*innen sind eingeladen, die Diskussionen zu bereichern. Die Veranstaltung ermöglicht einen intensiven fachlichen Austausch über den Konflikt, sowie eine bessere Vernetzung und regionale Zusammenarbeit von Forschenden unterschiedlicher Disziplinen und Statusgruppen sowie Expert:innen. Darüber hinaus bietet sie durch ein niedrigschwelliges Rahmenprogramm einer interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit, den Westsahara-Konflikt kennenzulernen und mitzudiskutieren.

Bei Interesse oder Fragen bitten wir um Rückmeldung bis 1.2.2024 an j.tavakoli@em.uni-frankfurt.de